

ÖIF Monitor

Integration & Migration

April 2014

Globale Migration: Asyl in den Industriestaaten

Ein Überblick über die Daten von internationalen Organisationen zu Asyl 2013 auf **Seite 3**

Integration in Österreich

Eine Bilanz der ersten 100 Tage der aktuellen Regierung in Hinblick auf Integration und neue Initiativen auf **Seiten 4 und 5**

Aktuell: Deutschland

Information über den neuen Gesetzesentwurf der Bundesregierung bezüglich der Doppelstaatsbürgerschaft auf **Seite 6**

Internationale Migrationsentwicklungen

Der amerikanische Traum: Wurzeln in Asien, erfolgreich in den USA

2012 hatten rund 27% der Bevölkerung des US-Bundesstaates Kalifornien eine ausländische Herkunft. Nach Personen aus Lateinamerika (53%) sind in Asien geborene Personen (37%) die zweitgrößte Gruppe. Für sie ist San Francisco ein attraktiver Wohnort, da hier aktuell etwa 40% der Bevölkerung asiatische Wurzeln haben.

San Francisco wird voraussichtlich die erste US-Großstadt mit überwiegend asiatischstämmiger Bevölkerung sein. Doch wie asiatisch ist San Francisco wirklich? Die Vereinigten Staaten werden für Menschen aus China, Indien, Pakistan, Vietnam, den Philippinen, Korea, Taiwan oder Kambodscha immer interessanter und durch ihre Migration verändern sie die politische, ökonomische und kulturelle Struktur

im Zielland. Viele Personen mit asiatischem Hintergrund suchen in der Hightechindustrie, an den Universitäten und in der Politik eine Beschäftigung. Unter den asiatischstämmigen Bürger/innen San Franciscos gelten etwa der demokratische Bürgermeister, Edwin Lee, oder der Büroleiter der New York Times in San Francisco, Norimitsu Onishi, als wesentliche Persönlichkeiten. 

Inhalt

Wurzeln in Asien, erfolgreich in den USA	1-2
Globale Migrationsströme und Asylanträge	3
Ö: 100 Tage Regierung	4
Ö: Migrationsrat für Österreich	4
Ö: Modernisierung des Islamgesetzes	5
Forschungsprojekte	5
Migration Policies International	6
Pressebeobachtung	7
Kurzmeldungen	7
Publikationen, Termine, Neues vom ÖIF	8

→ Fortsetzung von Seite 1
Der amerikanische Traum: Wurzeln in Asien, erfolgreich in den USA

Ein neues Gesellschaftsbild

Tomás Jiménez, Soziologieprofessor an der Elite-Uni Stanford, untersucht die sich wandelnde Gesellschaft anhand einer Analyse der Stadt Cupertino: Eine Stunde außerhalb von San Francisco im so genannten Silicon Valley gelegen, weist Cupertino eine besondere Entwicklung auf. Während 1990 nur 23% der Einwohner/innen asiatischer Abstammung waren, ist dieser Anteil mittlerweile auf 63% angestiegen. In manchen Schulklassen sitzen demnach oftmals nur noch ein nicht-asiatischstämmiges Kind. Jiménez findet eindeutige Worte für die Veränderung des Gesellschaftsbildes und meint, dass „weiß“ sein nicht mehr die Norm darstellt und in manchen Gebieten – wie eben Cupertino – „Weiße“ in der Minderheit sind. Dieses neue Gesellschaftsbild zeigt sich auch in der Stadtentwicklung: Chinatown in San Francisco gilt zusammen mit den Chines/innen in den Bezirken Sunset und Richmond als eines der weltweit größten chinesischen Viertel.

Demografie der asiatischen US-Bevölkerung

Ähnliche Erfahrungen werden auch von der Wirtschaft und Politik gemacht: Während Asiat/innen und Chines/innen früher auf der Suche nach Gold

in die USA migrierten, sind es heute oft gut ausgebildete, ehrgeizige und erfolgreiche Personen mit höherem Durchschnittseinkommen. So hatten im Jahr 2011 laut US Census Bureau (Statistisches Bundesamt der USA) fast 21% der Personen, die ihre Herkunft als rein asiatisch bezeichneten, einen Master-Universitätsabschluss oder eine vergleichbar hohe Bildungsqualifikation, während der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung bei lediglich 10,6% lag. Das Bild der Zuwander/innen ist jedoch nicht homogen, es gibt große soziale Unterschiede. Fast 70% Prozent der Immigrant/innen aus Indien haben einen College-Abschluss, wenn sie in die USA kommen, bei den Vietnames/innen ist es nur ein Viertel. Die Bevölkerung aus Kambodscha in den Vereinigten Staaten zählt zu den ärmsten des Landes, während Iraner/innen und Chines/innen in bedeutend besseren Verhältnissen leben.

Herkunftsländer

Laut US Census Bureau (Statistisches Bundesamt der USA) war 2011 die größte Gruppe der asiatischstämmigen Bevölkerung in den USA chinesischer Abstammung (ca. 4 Millionen), gefolgt von Personen mit Herkunft von den Philippinen (3,4 Millionen), aus Indien (3,2 Millionen) und

Vietnam (1,7 Millionen). Über 50% der in asiatischen Ländern geborenen Zuwander/innen haben sich in den USA in den vier Bundesstaaten Kalifornien, New York, Texas und New Jersey angesiedelt.

Wählerpotential von Migrant/innen

Die wachsende Bevölkerungsgruppe der Asiat/innen lenkt auch das politische Geschehen auf neue Wege: Bei den Präsidentschaftswahlen 2012 zeigte sich die Bedeutung der ethnisch nicht weißen Wählerschaft, denn mitentscheidend für den Sieg von Barack Obama waren vor allem die Stimmen der afroamerikanischen (93%), lateinamerikanischen (71%) und asiatischen Bevölkerung (73%). Die republikanische, aber auch die demokratische Partei in den USA sehen sich aufgrund dieser Wahlergebnisse vor die Aufgabe einer Adaptierung ihrer Wahlprogramme gestellt, um auch zugewanderte Wähler/innen besser erreichen zu können. Eine von Barack Obama vorgesehene „Immigration Reform“ setzt Bemühungen in Richtung der Stärkung legaler Einwanderungssysteme und der Bedeutung der Staatsbürgerschaftsvergabe sowie der Verbesserung von Arbeitsverhältnissen für die zugewanderte Bevölkerung.

Weltweite Asylanträge 2013: Migrationsströme und Asyl

Ende März veröffentlichten die Vereinten Nationen den neuesten Bericht über Asyltrends 2013. Gleichzeitig berichten die Medien laufend über Flüchtlingsströme an den Außengrenzen im Süden der Europäischen Union. Wie sehen die aktuellen Tendenzen des Flüchtlingszustromes nach Europa aus?

Nach Italien fordert nun auch Spanien Unterstützung von Seiten der Europäischen Union beim Umgang mit dem Zustrom von Flüchtlingen über das Mittelmeer. In den vergangenen Monaten kamen immer mehr Migrant/innen in den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in Marokko an. Laut Medienberichten sollen im Jahr 2014 rund 4000 Personen versucht haben, in die autonomen Städte Spaniens am Mittelmeer – und somit in die EU – zu gelangen. Ein Rücklauf dieser Entwicklung ist nicht zu erwarten.

Asylanträge in Industriestaaten 2013

Im März veröffentlichte das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) die Zahlen zu Flüchtlingen, die ihre Asylanträge in 44 Industriestaaten gestellt haben. Diese Zahlen beziehen sich nicht auf positive Asylbescheide,

sondern lediglich auf die Antragsstellung. Laut UN-Bericht wurden 2013 über 612.000 Asylanträge in den Industriestaaten gestellt, die höchste Zahl seit 2001. Zum größten Anstieg – ein Plus von einem Drittel – kam es im weltweiten Vergleich in den 38 vom Bericht erfassten europäischen Ländern, wobei die Zahl der Anträge in Österreich etwa jener von 2012 entsprach. Den größten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr verzeichnete laut Eurostat-Daten Deutschland, gefolgt von Ungarn und Italien. Der relative, prozentuale Anstieg war in Ungarn und Bulgarien am höchsten, welcher auf einen Zustrom von syrischen Flüchtlingen über die Türkei und die östlichen EU-Außengrenzen zurückzuführen ist.

Herkunftsländer der weltweit größte Gruppen von Asylsuchenden 2013:

- Syrien (9,4%)
- Russische Föderation (6,7%)
- Afghanistan (6,5%)
- Irak (6,4%)
- Serbien (5,8%)

In den USA stellten chinesische Staatsangehörige, vor Mexikaner/innen, die größte Gruppe. Auch

in Asien, etwa in Japan und der Republik Korea (Südkorea), sowie in Australien wurden 2013 deutlich mehr Anträge verzeichnet als 2012.

Asylanträge in Österreich

Im Jahr 2013 wurden in Österreich 17.500 Asylanträge eingebracht. Die größte Gruppe nach Staatsangehörigkeit stellten Personen aus der Russischen Föderation, vor Asylwerber/innen aus Afghanistan und Syrien.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

DATEN UND FAKTEN

Globale Asyl-Entwicklungen 2013

- 28% mehr Asylanträge in 44 Industriestaaten
- 32% mehr Asylanträge in Europa
- 49% mehr Asylanträge in südeuropäischen Ländern
- Top 5 der registrierten Anträge: Deutschland, USA, Frankreich, Schweden, Türkei
- 56.400 der Asylsuchenden weltweit kamen aus Syrien

Quelle: Asylum Trends 2013, UNHCR

Integration in Österreich

100 Tage Regierung: Bilanz im Bereich Integration

100 Tage können eine ereignisreiche Zeit sein, auch im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres. Welche Initiativen wurden seit Beginn der Legislaturperiode im Integrationsbereich eingeleitet?

Das aktuelle Regierungsprogramm sieht für den Bereich Integration wesentliche Maßnahmen vor und in der Amtszeit von Bundesminister Sebastian Kurz konnten bereits einzelne Schritte umgesetzt werden: Im Bereich der sprachlichen Frühförderung wurden am 12.2.2014 die Pläne und Ziele der Einführung eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres präsentiert. Die gemeinsame Umsetzung durch Länder und Gemeinden soll 2015 folgen. Auch die Ausweitung des Projekts „ZUSAMMEN:ÖSTERREICH“, eine Aktion zur Vorstellung erfolgreicher Integrationsgeschichten, ist in vollem Gang. Ebenfalls werden die Stärkung der Integrationsberatung und des interreligiösen Dialoges vorangetrieben. Weiters wurde am 5.2.2014 die Erarbeitung eines neuen Gesetzes zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen angekündigt. Ziel ist es, Migrant/innen eine ausbildungsadäquate Beschäftigung zu ermöglichen. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich

Neu: Ankündigung eines Migrationsrates für Österreich

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner präsentierte am 3. April 2014 die Einrichtung eines Migrationsrates für Österreich. Dieser soll sich aus mehreren Expertengruppen zusammensetzen und sich mit Migration in unterschiedlichen Arbeitsfeldern befassen.

Welche Auswirkungen hat Migration auf unterschiedliche Bereiche im Zielland? Wie wirkt sie sich auf die Herkunftsländer aus? Wie kann die Migrationsstrategie Österreichs erweitert werden? Diese und andere Fragen sollen zentrale Themen des neuen Migrationsrates sein.

Zusammensetzung des Gremiums

Leiter und Koordinator des Migrationsrates ist Publizist Paul Lendvai, welcher der Bildung des Migrationsrates für Österreich „eine entscheidende Bedeutung“ beimisst. Dabei gelte es, „Banalitäten“ und „düstere Szenarien“ zu vermeiden, die Notwendigkeit einer sachlichen Debatte wird auch vom Innenministerium unterstrichen. Zusammenarbeiten wird Lendvai mit Expert/innen aus diversen Bereichen, die zehn Arbeitsfelder in Hinblick auf migrationsrelevante Aspekte durchleuchten und Empfehlungen für eine um-

fassende Migrationsstrategien und Gesetzesentwürfe erstellen sollen. Auch die Auswirkungen der Migration auf die Herkunftsländer soll untersucht werden. Unterschieden wird zwischen drei Arten von Migration: legaler und illegaler Zuwanderung und dem Flüchtlingswesen. Der Arbeitsplan des Rates soll bis zum Sommer feststehen, mit ersten Ergebnissen wird in eineinhalb bis zwei Jahren gerechnet. Überschneidungen mit dem Integrationsbeirat von Außenminister Sebastian Kurz soll es laut Mikl-Leitner nicht geben.

Arbeitsfelder des Migrationsrates:

- Wirtschaft, Finanz, Umwelt, Infrastruktur
- Arbeit, Pensionen und Soziales
- Bildung und Forschung
- Gesundheit und Pflege
- Demographie und Gesellschaftswandel
- Öffentliche Sicherheit, staatliche Institutionen
- Politisches System und Medien
- Diversität
- Auswirkungen in Herkunftsregionen
- Gestaltung des Migrationssystems in Österreich

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich

Integrationsminister kündigt neues Islamgesetz an

Bereits im Arbeitsprogramm der Regierung wurde eine Novellierung des in Österreich geltenden Islamgesetzes als ein Ziel für die aktuelle Legislaturperiode festgelegt. Am 21. März kündigte Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz konkrete Schritte an.

Laut Islamischer Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGIÖ) leben aktuell zwischen 500.000 und 600.000 Muslim/innen in Österreich. Mittels des Islamgesetzes von 1912 – also vor über 100 Jahren – wurde der Islam in Österreich als Religion offiziell anerkannt. Nun soll die geplante Erneuerung der gesetzlichen Grundlage mehrere Bereiche regeln, die bisher in Österreich keine explizite Gesetzesbasis hatten. Konkret sollen laut Bundesminister Sebastian Kurz unter anderem Punkte wie der Rechtsrahmen für Friedhöfe, die Ausbildung von Imamen auf universitärem Niveau in Österreich und der Bereich der Anstalts- und Militärseelsorge geregelt werden. Ebenfalls soll explizit festgehalten werden, dass die rechtsstaatliche Ordnung Österreichs Vorrang gegenüber der Religionszugehörigkeit behält.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Forschungsprojekte

Studie zu globaler Migration: Bevölkerungsströme weltweit konstant

Wissenschaftler des Instituts für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital in Wien veröffentlichten in der aktuellen Ausgabe des Wissenschaftsmagazins „Science“ Ergebnisse zur Analyse globaler internationaler Migration.

Sie widmen sich im Artikel „Quantifying Global International Migration Flows“ Migrationsströmen weltweit und widerlegen die These, nach welcher Migration aufgrund der zunehmenden Globalisierungstendenzen ein weltweit stetig zunehmendes Phänomen sei. Ihre Forschung zeigt, dass die globalen Migrationsströme zwischen 1990 und 2010 eher stabil waren und dass Migration vor allem innerhalb der Regionen (Asien, Afrika, Amerika, Europa) selbst stattfindet. Die auffälligsten Migrationsströme lassen sich zwischen Süd- und Westasien, von Lateinamerika nach Nordamerika und innerhalb Afrikas erkennen. Migrationsströme von und nach Europa sind weit weniger geographisch fokussiert als jene aus oder in andere Regionen, d.h. Europa weist heterogenere Ströme auf als andere Regionen.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Forschungsprojekte

Europa: CEE Migration – Projekt IMAGINATION

Verstärkt entscheiden sich Menschen aus CEE-Ländern, die Möglichkeit der Personenfreizügigkeit innerhalb der EU wahrzunehmen. Das Projekt IMAGINATION untersucht dieses höchst aktuelle Phänomen.

Es zieht die Menschen aus den CEE-Ländern (mittel- und osteuropäische Länder) vor allem in Richtung Westen, aber auch in die Türkei. Dort lassen sie sich entweder temporär nieder (z.B. saisonale Migration), wandern langfristig zu, holen möglicherweise ihre Familie nach oder ziehen in ein anderes Land weiter. Das Kooperationsprojekt, koordiniert von der Erasmus-Universität Rotterdam, untersucht folgende Aspekte dieser Migration: Welche Art von Arbeitsmigration findet statt? Welche Auswirkungen entstehen für die primär urbanen Zielregionen und welche Maßnahmen werden diesbezüglich im Bereich „urban governance“ getroffen? Ebenso werden die Auswirkungen der Wanderungsströme auf CEE-Länder selbst analysiert. Die Studie untersucht die Länder Österreich, Niederlande, Türkei und Schweden. Österreich ist über die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) an der Kooperation beteiligt.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Europäische Union: Mobilitätspartnerschaft mit Tunesien

Anfang März unterzeichneten die EU und Tunesien eine Erklärung zur Mobilitätspartnerschaft. Als Ziel der Vereinbarung gilt eine Vertiefung der Zusammenarbeit und des Austausches in den Bereichen Migration, Mobilität und Sicherheit.

Seitens der EU nehmen 10 Staaten (Belgien, Dänemark, Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Polen, Portugal, Schweden, Vereinigtes Königreich) an der Partnerschaft teil. Insbesondere soll dieses EU-Instrument zur Steuerung der Mobilität zwischen EU und Drittstaaten eine Erleichterung des Personenverkehrs, einen gemeinsamen Umgang mit Migrationsströmen und eine verstärkte Zusammenarbeit in Asylfragen ermöglichen. Ferner werden Verhandlungen über eine vereinfachte Visa-Vergabe und die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen angestrebt. Bezüglich illegaler Migration wurde mit Tunesien eine Vereinbarung zur Rückübernahme illegaler Migrant/innen getroffen. Auch sollen tunesische Behörden im Asylwesen gestärkt und eine bessere gemeinsame Grenzkontrolle erzielt werden.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Deutschland: Gesetzesentwurf zur doppelten Staatsbürgerschaft und mögliche Maßnahmen gegen Missbrauch der EU-Freizügigkeit

Die deutsche Regierung hat in den vergangenen Wochen die Weichen für die Umsetzung von integrationsrelevanten Neuerungen gestellt. Einerseits einigte man sich über den Gesetzesentwurf zur Neuregelung der Optionspflicht, andererseits wurden Maßnahmen bei Missbrauch der EU-Freizügigkeit angekündigt.

Ende März kündigte das deutsche Innenministerium an, dass ein „praktikabler Gesetzesentwurf“ zur neuen Regelung der Optionspflicht vorläge. Dieser sieht folgende Punkte vor: Kinder, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind und ausländische Eltern haben, sollen künftig nicht mehr der Optionspflicht unterliegen und die Doppelstaatsbürgerschaft behalten, sofern sie sich bis zum 21. Geburtstag 8 Jahre oder länger in Deutschland aufgehalten, 6 Jahre eine Schule in Deutschland besucht oder einen Schulabschluss bzw. eine Berufsausbildung erlangt haben. Der Entwurf gilt als Kompromiss zwischen den Parteien und soll 2014 in Kraft treten.

Bericht zur „Arbeitsmigration“

Ebenfalls Ende März präsentierte der deutsche Bundesinnenminister Thomas de Maizière ge-

meinsam mit der Bundesministerin für Arbeit und Soziales Andrea Nahles einen Zwischenbericht zum Thema „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“ (Stichwort: Arbeitsmigration).

Mögliche Maßnahmen gegen Sozialmissbrauch

Während Minister de Maizière die Bedeutung der EU-Personenfreizügigkeit in seiner Stellungnahme unterstrich, wurden auch mögliche Maßnahmen bei Missbrauch der EU-Freizügigkeit angekündigt. So könnten in weiterer Folge etwa befristete Wiedereinreiseverbote bei Rechtsverstößen verhängt, das Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche verkürzt, und die Voraussetzungen für den Bezug von Kindergeld verschärft werden. Weiters soll es künftig Maßnahmen zur Eindämmung von Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit geben. Städte und Gemeinden mit starker Zuwanderung sollen laut Empfehlungen des Zwischenberichtes auch stärkere Unterstützung erhalten. Der Endbericht zum Thema soll Ende Juni vorliegen.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Pressebeobachtung: Integration und Migration

Worüber wurde im März berichtet?

Im März standen im Bereich Integration und Migration erneut Themen wie Migration innerhalb der EU-Staaten und Flüchtlingsströme an den europäischen Außengrenzen im Blickpunkt. Auf nationaler Ebene wurden die Abwanderung von Hochqualifizierten aus Österreich sowie neue Initiativen der Regierung im Bereich Integration thematisiert.

Die Begriffe „Armutsmigration“ und „Sozialeinwanderung“ lösen EU-weit auch in den Medien weiterhin Debatten aus. Die Migrationspolitik in Ländern wie Italien, Frankreich und Deutschland wurde in diversen Beiträgen abgebildet, insbesondere in Hinblick auf restriktive Ansätze oder Beschränkungen bei Vermutung einer „Zuwanderung in Sozialsysteme“. Das Thema Arbeitsmigration, nach wie vor primär mit Bezug auf die Arbeitnehmer/innen-Freizügigkeit der EU, die seit Anfang des Jahres uneingeschränkt für Bulgarien und Rumänien gilt, bleibt weiterhin ein konstantes Thema in öffentlichen und medialen Debatten.

Abwanderung aus Österreich

Nicht nur über die Zuwanderung nach Österreich wurde im März berichtet, auch die Abwanderung war ein mediales Thema. Insbesondere wurden

Zahlen der Statistik Austria präsentiert, die belegen, dass vor allem hochqualifizierte Männer und Frauen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren das Land verlassen und ein negativer Wanderungssaldo bei österreichischen Staatsangehörigen besteht.

Flüchtlinge an südlichen EU-Grenzen

Während seit letztem Jahr immer wieder von Flüchtlingstragödien vor der Küste Italiens berichtet wird, hat sich die Betrachtung der Zuwanderungsströme rund um das Mittelmeer nun auf die spanischen Enklaven in Marokko ausgeweitet. Wegen des Rekordansturms auf die beiden Städte Ceuta und Melilla verstärkte sich das mediale Echo. Auch Hintergrundberichte und Analysen zur Problematik wurden verstärkt angeboten.

Neue Entwicklungen in Österreich

Nach den Bereichen der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen und der sprachlichen Frühförderung wurde eine weitere von der Regierung verlautbarte Neuerung von den Medien übernommen – die geplante Novellierung des Islamgesetzes vom 1912 in Österreich.

Integration und Migration

Kurzmeldungen

»»» **Dänemark: Staatsbürgerschaft für Jugendliche** — Ein Regierungsvorschlag soll Erleichterung beim Erlangen der Staatsbürgerschaft für Jugendliche bringen, die in Dänemark geboren und aufgewachsen sind.««««

»»» **Erasmusprogramm in Türkei** — Seit Anfang März ermittelt die Europäische Kommission gegen die türkische „Nationalagentur für das Erasmus-Programm“ in Ankara. Aufgrund der Undurchsichtigkeit im Finanzierungsbereich könnte das Erasmus-Programm für die Türkei enden.««««

»»» **Mehrsprachiges Migrationsportal** — Seit 12.03.2014 stehen Migrant/innen auf dem EU Immigration Portal (»»»Link) Informationen rund um das Auswandern, Ankommen und Bleiben auch auf Portugiesisch zur Verfügung.««««

»»» **Neues Oberhaupt der syrisch-orthodoxen Kirche** — Am 31.03.2014 wurde Mar Cyril Afrem Karim zum 123. Patriarchen von Antiochien und dem ganzen Orient gewählt.««««

»»» **Willkommenskultur in Deutschland** — Am 24./25. März fand in Nürnberg die Konferenz zum zweijährigen Modellprojekt zur Willkommenskultur in Ausländerbehörden statt.««««

Publikationen



Lehrwerke für Deutsch: Schritte plus – Österreich EXTRA

Hueber Verlag

In Kooperation mit dem Hueber-Verlag hat der ÖIF speziell für den Unterricht in Österreich Ergänzungsmaterialien mit österreich-spezifischem Schwerpunkt zum Lehrwerk Schritte Plus 2 erstellt. Weitere Informationen >>> [hier](#)



European Modules on Migrant Integration

Europäische Kommission

Der Endbericht der Europäischen Kommission präsentiert die Ergebnisse von Expert/innen aus dem gesamten EU-Raum.

Weitere Informationen >>> [hier](#)



The future of immigrant integration in Europe: Mainstreaming approaches for inclusion

Elizabeth Collett und Milica Petrovic

Die Publikation des Migration Policy Institute Europe befasst sich mit

Mainstreaming von Integration in vier Ländern: Dänemark, Frankreich, Deutschland und Großbritannien.

Weitere Informationen >>> [hier](#)

Termine

30. APRIL

START-Stipendienprogramm für Jugendliche mit Migrationshintergrund

Das Stipendienprogramm START ist erneut für das Schuljahr 2014/2015 ausgeschrieben. Wo: Bundesländer Wien, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg. Bewerbungen: Fristen je nach Bundesland zwischen 30. April und 31. Mai. Weitere Informationen und Anmeldung >>> [hier](#)

28. MAI

Internationale Konferenz zum Comenius-Regio-Projekt „Global Kids“

Das Projekt „Global Kids“ beschreibt neue Wege des Interkulturellen Lernens und bietet Schüler/innen konkrete Erfahrungsmöglichkeiten über Kulturprojekte mit Gleichaltrigen aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Wo: Donau-Universität Krems. Weitere Informationen und Anmeldung >>> [hier](#)

13. BIS 15. AUGUST

17. Nordic Migration Conference

Thema: Flows, places and boundaries – migratory challenges and new agendas.

Expert/innen diverser Disziplinen diskutieren über Migrationstrends und -forschung.

Wo: Centre for Advanced Migration Studies, Universität Kopenhagen.

Weitere Informationen und Anmeldung >>> [hier](#)

Neues vom ÖIF



Foto: Mahmoud/BMEIA

Neues Integrationszentrum in Kärnten

Noch im Sommer 2014 soll das sechste ÖIF-Integrationszentrum in Klagenfurt eröffnet werden. Der Welcome Desk

wird umfassendes Service für Zuwander/innen bieten. Schwerpunkte im Integrationszentrum werden Sprache, Arbeitsmarkt und Beratung sein. Darüber hinaus wird auch mobile Integrationsberatung in den Regionen Kärntens angeboten werden. Weitere Information >>> [hier](#)



ZUSAMMEN:ÖSTERREICH. Das Magazin für Migration, Integration und Zusammenleben. Ausgabe: 2014/01

Die Beiträge im Magazin widmen sich in dieser Ausgabe dem Thema der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen. Bestellinformationen >>> [hier](#)

IMPRESSUM

Impressum und Offenlegung gemäß §§ 24 und 25 MedienG; Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF), Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, T.: +43 (0) 1 7101203 – 100, E.: mail@integrationsfonds.at; Verlags- und Herstellungsort: Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; Offenlegung: Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter www.integrationsfonds.at/impresum abgerufen werden.